

Varoufakis' Partei

Griechenland hat eine neue linke Partei – und SYRIZA eine neue Konkurrenz. **Seite 7**



Berlins Solarstrom

Die Stadtwerke der Hauptstadt expandieren. **Seite 9**

Foto: fotolia/luulijumala

Kings Traum

Im Wortlaut: die berühmte Rede des Bürgerrechtlers. **Seite 3**

Foto: dpa/Mike Brown

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 4. April 2018

73. Jahrgang/Nr. 78

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Das falsche Spiel des Kronprinzen

Roland Etsel zur saudischen Politik gegenüber Israel

Kommt es wirklich einer Sensation gleich, dass Saudi-Arabiens Kronprinz jetzt de facto Israels Existenzrecht anerkannt hat? Nicht, wenn es nach der Faktenlage geht. Längst ist die einstige Frontstellung zwischen beiden Staaten nach der Eroberung der muslimischen heiligen Stätten Jerusalems durch Israel im Sechstage-Krieg von 1967 einem strategischen Bündnis gewichen.

Einem heimlichen allerdings. Die falschen Kulissen ließ man bestehen, im beiderseitigen Interesse. So begründet Israel seine Aufrüstung weiter mit der vermeintlichen Bedrohung aus Saudi-Arabien, während sich das Königshaus in der Rolle des ersten Verteidigers palästinensischer Rechte sonnt.

Die Täuschung funktioniert bis heute. Tatsächlich herrscht seit einigen Jahren schon eine uneingeständene, aber sehr intensive politische und – noch stärker – militärische Kooperation. Es heißt sogar: Sollte sich Israel dazu entschließen, Iran anzugreifen, wäre der saudische Luftkorridor dafür freigegeben. Hier trifft man sich, denn offen nennen beide Teheran als Hauptfeind und übertreffen sich gegenseitig in der Dämonisierung der schiitischen Republik.

Und was die so viel Aufsehen erregende Äußerung von Kronprinz Mohammed betrifft, die Israelis hätten »das Recht auf ihr eigenes Land«: Es würde doch ausreichen, Israel förmlich anzuerkennen und gleichzeitig aufzufordern, seinerseits die Rechte der Palästinenser anzuerkennen. Aber davor drückt sich der Prinz. Aus oben genannten Gründen.

UNTEN LINKS

Christian Lindner, Vorsitzender der Christian-Lindner-Partei (aka FDP), hat gesagt, dass die FDP bis zur nächsten Bundestagswahl weiblicher werden müsse. Das ist beachtlich, galt doch die Zusammensetzung der Partei aus Lindner, Lindner und Lindner sowie einigen weiteren von der Sorte insbesondere nach dem guten Abschneiden bei der Wahl 2017 als optimal. Zweifellos ist die FDP »eigentlich die beste Wahl für Frauen, die ein selbstbestimmtes Leben führen«, denn das sagt Christian Lindner. Und der sagt auch alles andere, was die Partei ist oder nicht ist, und niemand in der Partei zweifelt daran, dass er recht hat. Lindner sagt auch, wir (von der Christian-Lindner-Partei) wollen nicht so sein wie die männerdominierte Führungsmannschaft von Innenminister Horst Seehofer (CSU). Sondern allenfalls so wie die männerdominierte Führungsmannschaft von Christian Lindner (FDP). »Ich sehe da ein ungehobenes Potenzial«, sagt Christian Lindner und meint: bei Christian Lindner. *rst*

Es geht voran

Frauen in Österreich begehren auf – wohl wissend, dass Fortschritte dauern können



Foto: Pixabay/ulleo

Berlin. Vor bald 100 Jahren – im November 1918 – wurde in Österreich das Frauenwahlrecht eingeführt. Vor mehr als 20 Jahren – im April 1997 – unterschrieben fast 650 000 Menschen ein Frauenvolksbegehren, das eine Reihe von Maßnahmen zur Herstellung von Gleichberechtigung auflistete. »Gerade einmal eine Forderung wurde damals umgesetzt, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen in der Verfassung«, sagt Andrea Hladky im Interview mit dem »nd«. Hladky ist Sprecherin des Frauenvolksbegehrens 2.0, das am heutigen Mittwoch seine erste Phase abschließt. Bereits 240 000 Menschen haben eine Unter-

stützungserklärung dafür abgegeben, dass »echte soziale und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter mit verfassungsgesetzlichen Regelungen« umgesetzt werden soll. Schon jetzt steht fest, dass das Anliegen im österreichischen Parlament behandelt werden muss.

Dort ist es nicht eben wohlgekommen. Die Rechtsregierung aus FPÖ und ÖVP ist skeptisch bis ablehnend. Zum Beispiel bei der von den InitiatorInnen aufgestellten Forderung nach dem Recht auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch. Für die Frauensprecherin der FPÖ, Carmen Schimaneck, würde dies bedeu-

ten, dass die Steuerzahler »für die Tötung von ungeborenem Leben« aufkommen.

Doch von der Regierung erwartet die Sprecherin des Volksbegehrens ohnehin nicht viel. Deren Frauenbild sei nicht progressiv, so Hladky. Umso mehr um Fortschritt bemüht ist der umfangreiche Katalog an Maßnahmen, den die Initiative fordert. Dazu gehören eine verpflichtende Geschlechterquote von 50 Prozent auf allen Ebenen von Wirtschaft und Politik oder die 30-Stunden-Woche, die »schrittweise eine gleiche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit schaffen und ein gutes Leben für alle« ermöglichen soll. *net* **Seite 2**

Der saudische Prinz und die Rechte Israels

Mohammed bin Salman plädiert für israelisch-palästinensischen Frieden – ohne konkret zu werden

Saudi-Arabiens Kronprinz hat den Israelis »ein Recht auf ihr Land« zugestanden. Das erregt Aufsehen, gilt das Königreich doch offiziell vor allem wegen der Landfrage als Feind Israels.

Von Roland Etsel

Es war erwartet worden, dass Saudi-Arabiens Prinz Mohammed bin Salman seine auf drei Wochen angelegte USA-Reise mit Paukenschlägen garnieren würde. Nun gab es den ersten davon: Er sei der Überzeugung, dass »die Palästinenser und die Israelis das Recht auf ihr eigenes Land haben«, sagte Mohammed laut AFP dem Bostoner Magazin »The Atlantic« vom Montag.

Was die Israelis angeht, ist diese Aussage neu für ein Mitglied der saudischen Regierung. Denn Mohammed ist nicht einer der 5000 bis 7000 Prinzen der Saud-Sippe, sondern gewissermaßen deren höchstrangiger: Verteidigungsmini-

ster und seit Juni auch offiziell designierter Thronfolger. Bisher galt pro forma noch immer erbitterte Feindschaft des Königreichs gegenüber dem Staat Israel, weil dieser die – nach Mekka und Medina in Saudi-Arabien – heiligsten Stätten der Muslime in Jerusalem widerrechtlich besetzt hält. Deshalb gibt es auch keine diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien.

In der politischen Wirklichkeit ist die einstige Feindseligkeit allerdings längst einer pragmatischen Verständigung gewichen. Beide Staaten haben in den USA ihre Schutzmacht und ihren Hauptlieferanten an strategischen Waffen. So ist aus der einstigen politischen Gegnerschaft in puncto Nahostkonflikt und Rechte der Palästinenser auf einen eigenen Staat auf saudischer Seite nur noch ein wenig Rhetorik zur Befriedigung der arabischen Volksmassen geblieben. Mohammed forderte ein Friedensabkommen zwischen

Israelis und Palästinensern, ohne konkret zu werden.

Saudi-Arabien begründet seinen Führungsanspruch in der islamischen Welt mit dem Besitz von Mekka und Medina und den dortigen heiligen Pilgerstätten. So wird der Prinz denn auch mit den Worten zitiert, er habe keine religiösen Vorbehalte dagegen, dass Israelis und Palästinenser Seite an Seite lebten, solange die wichtigste muslimische Stätte in Jerusalem, die Al-Aksa-Moschee, geschützt werde. Mit dieser Aussage ohne jegliche Kritik wird man in Israel äußerst zufrieden gewesen sein.

Saudi-Arabien hat bereits 2002 eine Nahostinitiative ins Leben gerufen, die im Prinzip auf eine Zwei-Staaten-Lösung hinausläuft. Diese erwähnte er jetzt nicht, und es gibt auch keine Anzeichen, dass Kronprinz Mohammed dieser Initiative, die von Israel abgelehnt wird, Nachdruck zu verleihen gedenkt. Was ihm offensichtlich am

wichtigsten war, ist die gemeinsame Frontstellung mit Israel und selbstverständlich den USA gegen Iran. Der Kronprinz, selbst treibende Kraft im Krieg Saudi-Arabiens gegen das Nachbarland Jemen, beschuldigte Irans geistliches Oberhaupt Ayatollah Ali Chamenei, aggressiver zu sein als Hitler. Letzterer habe Europa erobern wollen, der Ayatollah habe es auf die Welt abgesehen. **Personalie Seite 4**

Lesen Sie heute im Ratgeber

Die Zeckensaison hat wieder begonnen

Der Lärm im Haus hat Grenzen

Die Banken schwingen die Gebührenkeule

Puigdemont soll ausgeliefert werden

Verteidiger des Politikers gehen gegen Antrag des Staatsanwalts vor

Hamburg. Das deutsche Verteidigerteam des ehemaligen katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont geht juristisch gegen die von Schleswig-Holsteins Generalstaatsanwaltschaft betriebene Auslieferung ihres Mandanten nach Spanien vor. Es seien bereits Anträge auf Zurückweisung gegen das von der Anklagebehörde bei Gericht eingereichte Ersuchen gestellt worden, erklärte Anwalt Till Dunkel am Dienstag. Die Generalstaatsanwaltschaft in Schleswig hatte entschieden, einen Auslieferungsbefehl für den in Neumünster in Gewahrsam sitzenden Politiker zu beantragen. Darüber entscheiden muss das Oberlandesgericht in Schleswig. Der Antrag der Staatsanwaltschaft sei »von allen Beteiligten« erwartet worden, so die Anwälte. Sie vertrauten »auf eine unabhängige und sachgerechte Prüfung« durch das Gericht.

Puigdemont war am 25. März auf Grundlage eines von einem Gericht in Madrid erneuerten europäischen Haftbefehls bei der Durchreise durch Schleswig-Holstein festgenommen worden. *AFP/nd* **Kommentar Seite 4**

Skripal: Herkunft von Gift unklar

Chemiewaffenorganisation will sich mit Anschlag beschäftigen

Den Haag. Einen Monat nach dem Giftanschlag auf zwei Russen in Großbritannien wird sich der Exekutivrat der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) an diesem Mittwoch mit dem Fall beschäftigen. Russland hatte die Sondersitzung des Leitungsgremiums der OPCW beantragt. Die Affäre um die mutmaßliche Nervengift-Attacke auf den früheren russischen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter Julia hatte zu erheblicher Verstimmung zwischen dem Westen und Russland geführt.

Für das britische Militärlabor ist indes eine russische Herkunft des Nervengifts im Fall Skripal nicht eindeutig nachweisbar. Diese wissenschaftlichen Informationen seien an die britische Regierung gegangen, die dann zusammen mit anderen Hinweisen ihre Rückschlüsse gezogen habe, sagte der Chef des zuständigen Porton Down Labors, Gary Aitkenhead, am Dienstag. Moskau bestreitet jegliche Verantwortung für den Giftanschlag und wirft London vor, die Schuld voreilig Russland zugeschoben zu haben. *Agenturen/nd*

Einnahmen der Kommunen steigen

Rekordüberschuss gemeldet

Wiesbaden. Die Kommunen haben im vorigen Jahr einen Rekordüberschuss von 10,7 Milliarden Euro verbucht, teilte das Statistische Bundesamt mit. Damit habe sich die Finanzlage der Gemeinden weiter verbessert. Bereits seit 2012 seien die Einnahmen höher als die Ausgaben. Auf der Einnahmenseite gab es ein Plus von 4,6 Prozent auf 258,4 Milliarden Euro, bedingt vor allem durch steigende Steuereinnahmen und Zuschüsse des Bundes bei den Integrationskosten und zur weiteren Entlastung von Bundesländern und Kommunen. Auch die höheren Beteiligungen des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende hätten sich positiv ausgewirkt.

Die Ausgaben stiegen mit 2,5 Prozent langsamer auf 247,7 Milliarden Euro. Dabei machten sich die niedrigeren Zinsen und ein Rückgang bei den sozialen Leistungen um 0,2 Prozent bemerkbar. Der Rückgang erklärte sich durch die um ein Drittel auf 3,7 Milliarden Euro gefallenen Kosten für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. *AFP/nd* **Kommentar Seite 4**

ISSN 0323-4940



4 198662 501808